

**ZÄHLT DAS  
ERREICHTE  
ODER REICHT  
DAS ERZÄHLTE?**





# ZÄHLT DAS ERREICHTE ODER REICHT DAS ERZÄHLTE?



Liebe Hamburgerin, lieber Hamburger,

ein Jahr lang regiert die SPD nun mit absoluter Mehrheit in Hamburg. Olaf Scholz ist als Bürgermeister und Landesvorsitzender mit einer Macht ausgestattet, die es so noch nicht gab. Zeit also für eine erste Zwischenbilanz.

Große Aufbruchsstimmung oder ein Feuerwerk neuer Ideen für die Stadt haben wir nicht feststellen können. Im Gegenteil: Die Phantasielosigkeit passt nicht zu unserer schönen Stadt, die unter dem Leitbild der „Metropole Hamburg – wachsende Stadt“ in den letzten zehn Jahren aus ihrem Dornröschenschlaf erwachte.

Bitte haben Sie Verständnis: Als Opposition wagen wir den kritischen Blick auf die Regierung – die zehn Senatoren mit ihren Pressestellen und vorneweg der Bürgermeister werden sich sicherlich ausgiebig selbst loben.

Die Wähler haben uns zur stärksten Oppositionskraft bestimmt. Diese Rolle haben wir angenommen. Wir sind als Wächter in der Demokratie gefordert, gerade weil die SPD über die absolute Mehrheit und damit über absolute Macht verfügt. Doch wir lieben Hamburg und deshalb sehen wir uns auch als Verbesserer: Mit vielen guten Vorschlägen geben wir Impulse für eine bessere Politik. Und diese werden wir 2012 verstärken: Wir wollen, dass Hamburg die Metropole der Chancen für alle wird, dass Familien mit allen Generationen gestärkt werden und dass der Verkehr in Hamburg nicht Zeit und Nerven unserer Bürger überstrapaziert – egal ob in öffentlichen Verkehrsmitteln oder durch vermeidbare Staus.



In der Demokratie gilt dasselbe wie in der Wirtschaft: Konkurrenz belebt das Geschäft. Eine starke Opposition zwingt auch eine Regierung, sich mehr anzustrengen. Doch dazu muss die Opposition auch gehört werden. Hier haben die Medien eine hohe Verantwortung, damit Demokratie funktionieren kann.

Zurück zu Scholz: Neben dem Versagen von SPD-Bezirksamtsleiter Markus Schreiber und gefährlichen Anzeichen für die Rückkehr von Rotem Filz und Parteibuchwirtschaft war das erste Jahr in der öffentlichen Wahrnehmung bislang eher unspektakulär. Deshalb waren wir bei der Recherche zu dieser ersten Bilanz selbst erstaunt, wie viele Ankündigungen und wie wenig Ergebnisse wir bei genauerem Hinsehen gefunden haben. Eine Auswahl davon haben wir in diesem Heft für Sie zusammengestellt, beileibe nicht mit Anspruch auf Vollständigkeit.

Aber sehen Sie selbst. Machen Sie sich ein Bild, was hinter den großen Erzählungen des neuen Bürgermeisters steckt und was tatsächlich erreicht wurde. Und geben Sie die Informationen gerne weiter – damit Demokratie funktioniert

Mit herzlichen Grüßen aus dem Rathaus

DIETRICH WERSICH  
CDU-Fraktionsvorsitzender und Oppositionsführer

## INHALTSVERZEICHNIS

4-7	ORDENTLICHES REGIEREN
8-11	HAMBURGS FINANZEN
10-11	HAMBURGS ZUKUNFT
12-15	HAMBURG, STADT DER CHANCEN
14-17	WOHNEN UND MOBILITÄT IN HAMBURG

18-19	HAMBURGS KULTUR UND MEDIEN
20-21	HAMBURGS UMWELT UND ENERGIE
22-25	SICHERES HAMBURG
26-27	WIR SCHAUEN DEM SENAT AUF DIE FINGER
28	IDEEN INS RATHAUS





## ORDENTLICHES REGIEREN

ERZÄHLT	ERREICHT
<b>Ordentliches Regieren.</b>	Der Senat wurde trotz SPD-Alleinregierung vergrößert: Ein Senator und ein Staatsrat mitsamt den dazugehörigen Stäben und einer Behörde mehr.
<b>Ordentliches Regieren.</b>	Abwahl von zwei Bezirksamtsleitern, um SPD-Leuten neue Ämter zu beschaffen. Hochangesehener parteiloser Polizeipräsident (61 Jahre) wird in den Ruhestand geschickt und von SPD-Mann (63 Jahre) ersetzt. Abberufung des Geschäftsführers von team.arbeit.hamburg. Strategische Posten werden fast nur noch mit Genossen besetzt.
<b>Ordentliches Regieren.</b>	Desaströses Vorgehen des Senats bei der Unterbringung der ehemaligen sicherungsverwahrten Schwerekriminellen in Jenfeld. Trotz Einschaltung einer teuren, SPD-nahen Werbeagentur bleibt der Senat konzeptlos und agiert bei der Umsetzung unglücklich.
<b>Ordentliches Regieren.</b>	Der ärztliche Direktor des UKE kündigte vorzeitig, u.a. wegen unüberbrückbarer Differenzen mit der zuständigen SPD-Senatorin. Die Stelle ist bis heute nicht neu besetzt.
<b>Norddeutsche Zusammenarbeit</b> fortführen. <sup>1</sup>	Diverse Irritationen, u.a. um Windenergiemesse. Überheblichkeit des Bürgermeisters gegenüber norddeutschen Nachbarn.
Hamburg muss wieder in die Lage versetzt werden, <b>große Bauprojekte kostenstabil</b> zu planen und zu realisieren. Dazu Bau-Monitoring beim Bürgermeister. <sup>1</sup>	Teilweise weitere, massive Kostensteigerungen auch während der SPD-Regierung: Elbvertiefung, A7-Deckel, Elbphilharmonie.

FOLGE	BEWERTUNG
Zusätzliche Millionenkosten für eine der größten Regierungen in Hamburgs Geschichte.	
Mehrkosten von einer Viertelmillion Euro in den nächsten 3 Jahren. SPD-Parteizugehörigkeit zählt wieder mehr als Leistung. Schlechte Erinnerungen an den Roten Filz, der schon vor 2001 die Stadt lähmte, machen sich wieder in der Stadt breit.	
Bevölkerung in Jenfeld und den umliegenden Stadtteilen ist extrem verunsichert, für andere Unterbringungsalternativen gibt es noch immer kein Konzept. Senat wird weder seiner Pflicht zur Wiedereingliederung entlassener Straftäter noch dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung gerecht.	
Die SPD schafft ein Klima, das hochqualifizierte Kräfte abschreckt. Andere Standorte können Hamburg den Rang ablaufen.	
Verhältnis Hamburg – Schleswig-Holstein so schlecht wie lange nicht. Gefährliche Entwicklung, HH und SH sind auf gute Nachbarschaft angewiesen.	
Gut gemeint, aber bislang wirkungslos.	



## ORDENTLICHES REGIEREN

ERZÄHLT	ERREICHT
Der Senat wird für <b>mehr Frauen in Spitzenpositionen</b> der Verwaltung sorgen. <sup>1</sup>	Die einzige Bezirksamtsleiterin, Frau Schroeder-Piller (CDU), wird in Wandsbek durch einen SPD-Mann ersetzt.
Senat will sich gegen Kürzungen in der <b>aktiven Arbeitsmarktpolitik</b> einsetzen. <sup>1</sup>	Durch Senator Scheeles Fehlsteuerung gehen 2011 erstmals über 20 Mio. € Arbeitsmarktmittel ungenutzt an den Bund zurück.
<b>Die Arbeit des Integrationsbeirats</b> werden wir fortsetzen. <sup>1</sup>	9 Monate lang gab es keinen Integrationsbeirat mehr.
Der Senat wird <b>kurzfristig</b> über <b>wichtige Projekte</b> wie CCH und Planetarium entscheiden. <sup>1</sup>	Keine Entscheidungen dazu im 1. Regierungsjahr.
Olaf Scholz versprach im Wahlkampf (Dezember 2010) die zügige <b>Eröffnung der Elbphilharmonie</b> . Erklärung zur Chefsache. Konzept für den Spielbetrieb und Betriebskonzept angekündigt.	Situation komplett festgefahren. Juristische Auseinandersetzungen statt Baufortschritte, so dass über Monate praktisch Baustopp herrscht. Angekündigtes Betriebskonzept liegt noch nicht vor.

FOLGE	BEWERTUNG
Keine Frau mehr an der Spitze eines Bezirksamts.	
Die vorhandenen Mittel wurden nicht genutzt, um Hamburger Arbeitslosen zu helfen.	
Verpasste Chancen. Zeitverlust bei einer der entscheidenden Herausforderungen.	
Entscheidungen verschoben.	
Schaden durch Baustillstand: Rund 100.000 € täglich; Fertigstellungstermin seit Regierungswechsel um mehr als ein weiteres Jahr verzögert.	

## ORDENTLICHES REGIEREN – UNSERE WICHTIGSTEN VORSCHLÄGE

VORSCHLÄGE DER CDU	REAKTION DER SPD
CDU-Antrag: Einführung eines <b>Quorums bei Bürgerentscheiden</b> auf Bezirksebene: Der Entscheid ist nur gültig, wenn mindestens 20% der Stimmberechtigten zustimmen.	Von der SPD in den Verfassungsausschuss überwiesen.

FOLGE	BEWERTUNG
Noch keine Entscheidung, auch kleinste Interessengruppen können wichtige Vorhaben in den Bezirken verhindern.	



## HAMBURGS FINANZEN

ERZÄHLT	ERREICHT
<b>Maximal 1% Ausgabensteigerung</b> pro Jahr im Hamburger Haushalt. <sup>1</sup>	Versprechen gebrochen: Statt 1% wurden 2011 über 4% mehr ausgegeben als 2010, also rund 400 Mio. € mehr als versprochen. Auf dieser Basis will der Senat im nächsten Jahr erneut die 1% Steigerung versuchen...
„Pay as you go“ Eine Festlegung auf dauerhaft ausgabenwirksame Maßnahmen wird es nur geben, wenn im gleichen Zuge eine dauerhafte Finanzierung gesichert ist. <sup>1</sup>	Rücknahme von Sparbeschlüssen, neue Wahlversprechen wie kostenloses Kita-Mittagessen (20 Mio. €/Jahr) und Abschaffung der Studiengebühren (40 Mio. €/Jahr) wurden fast ohne Einsparbeschlüsse an anderer Stelle umgesetzt.
<b>Abbau von 250 Beschäftigten</b> in der Hamburger Verwaltung jedes Jahr. <sup>1</sup>	Anstieg von Ende 2010 auf Ende 2011 um über 600 Beschäftigte.
<b>Finanzielle Solidität</b> muss ein Markenzeichen Hamburgs sein. <sup>1</sup>	Gebühren und Abgaben sind in den letzten 10 Jahren nur um 1% pro Jahr gestiegen. Bis 2015 sollen sie um 2,6% jährlich steigen.
Der Senat wird der Bürgerschaft noch 2011 den Entwurf eines <b>Finanzplanrahmengesetzes</b> vorlegen. <sup>1</sup>	Nichts passiert.
Mehr tun zur <b>Sanierung der Infrastruktur</b> in Hamburg. <sup>1</sup>	Sanierungstitel im Haushalt von 25 auf 20 Mio. € abgesenkt und umbenannt.
Der Senat wird die <b>gesetzliche Schuldenbremse</b> im Hamburger Landesrecht verankern. Das Ziel ist ein Ende der Neuverschuldung. <sup>1</sup>	Das Gegenteil passiert: Die schon existierende Schuldenbremse für 2013 will der Senat aufheben – die Rückzahlungsverpflichtung für die Krisenschulden ab 2015 will er kippen. Bürgermeister Scholz will noch weitere acht lange Jahre das Schuldenmachen zulassen.
<b>Der SPD-Finanzsenator:</b> „Öffentliche Haushalte ruiniert man nicht in schlechten, sondern in guten Zeiten.“	Das meinte der Senator offenbar ernst. Die SPD ruiniert...

FOLGE	BEWERTUNG
Dauerhaft erhöhtes Ausgabenniveau. Durch die Hintertür werden so die Geldschleusen für die nächsten Jahre geöffnet und notwendige Konsolidierungen vermieden.	
Versprechen gebrochen: Neue Wohltaten werden doch mit neuen Schulden finanziert.	
Ankündigung erweist sich als heiße Luft; Anzahl der Beschäftigten im Dienste Hamburgs wächst.	
Der Senat will beim Bürger dafür abkassieren. Für 2015 bedeutet das: 40 Mio. Euro mehr Belastung als bisher.	
Keine Transparenz, wie sich der Senat Hamburgs finanzielle Zukunft vorstellt.	
Bislang kein einziger Cent mehr als bei Schwarz-Grün für Sanierungen bis Ende 2012 vorgesehen.	
Milliarden zusätzlicher und vermeidbarer Schulden, die dafür fälligen Zinsausgaben belasten den Haushalt zusätzlich. Für Bildung und Zukunftsinvestitionen fehlt das Geld.	
Mehr Schulden als nötig.	



## HAMBURGS FINANZEN – UNSERE WICHTIGSTEN VORSCHLÄGE

VORSCHLÄGE DER CDU	REAKTION DER SPD
CDU-Antrag: <b>Verbot neuer Schulden</b> in Hamburgs Verfassung ab 2015 verankern.	Von der SPD in den Ausschuss überwiesen und vertagt; ablehnende Haltung in Bürgerschaftsreden.
CDU-Antrag: <b>Die Rückzahlung</b> der ab 2009 aufgenommenen <b>Krisenschulden</b> muss weiterhin ab 2015 mit 100 Mio. Euro pro Jahr stattfinden.	Abgelehnt. Stattdessen soll die Tilgungspflicht der Krisenschulden gekippt werden, um sie auf den allgemeinen Schuldenberg aufzutürmen.

FOLGE	BEWERTUNG
Noch keine Entscheidung; aber ohne Änderung der Verfassung sind neuen Schulden Tür und Tor geöffnet.	
Ab 2015 wird Hamburg immer noch durch zusätzliche Zinsausgaben in Millionenhöhe belastet.	

## HAMBURGS ZUKUNFT

ERZÄHLT	ERREICHT
<b>Innovationsoffensive</b> Senat will Hamburg zu einer Innovationshauptstadt für Europa machen. <sup>1</sup>	Nichts. Innovationsstiftung soll sogar aufgelöst werden.
Der bereits bei Regierungsübernahme <b>fertige Hafenenwicklungsplan</b> sollte <b>bis Ende 2011</b> überarbeitet werden. <sup>1</sup>	Keine Ergebnisse, Verschiebung auf Mitte 2012.
Fortschreibung <b>Masterplan Industrie.</b> <sup>1</sup>	Die Arbeit ruht, nichts vorgelegt...
SPD will <b>bürgernahes Engagement</b> fördern. <sup>1</sup>	80% der dafür vorgesehenen Haushaltsmittel wurden 2011 und 2012 gekürzt.

FOLGE	BEWERTUNG
Hamburg verpasst Chancen, der Innovationsstiftung laufen fähige Mitarbeiter davon. Der Innovationskontaktstelle droht die Schließung.	
Wichtige Entscheidungen für den Hafen hängen in der Luft.	
Wichtige Entscheidungen für den Industriestandort Hamburg können nicht getroffen werden.	
Statt Ausbau – Streichungen: So wird das Zukunftsthema „Bürgerengagement“ vernachlässigt.	



## HAMBURG – STADT DER CHANCEN: BILDUNG, WISSENSCHAFT UND HOCHSCHULEN

ERZÄHLT	ERREICHT
<p><b>Stärkung von Wissenschaft und Forschung</b>, um Hamburg zukunftsfähig zu machen; Exzellenz in der Forschung. <sup>1</sup></p> <p>„Wir stehen für einen Neuanfang in der Hamburger Wissenschaftspolitik.“</p>	<p>So haben sich die Hochschulen den Neuanfang nicht vorgestellt: Auflösung der Wissenschaftsstiftung, Kürzung der Hochschulbudgets, Kostenanstieg soll nicht ersetzt werden. Rückkehr ins Mittelmaß der Gremienuniversität.</p>
<p><b>Bauliche Modernisierung</b> der Hochschulen. <sup>1</sup></p>	<p>Noch kein Gesamtkonzept, bisher nur Stückwerk.</p>
<p><b>Flächendeckenden Ausbau der Ganztagschulen</b> in Hamburg und gleichzeitig gute Qualität gewährleisten.</p>	<p>Erst nach massiven Protesten der Träger wurde ein Landesrahmenvertrag abgeschlossen. Beim Betreuungsschlüssel, der Flexibilisierung der Betreuungszeiten und der Bewertung gibt es keine Verbesserungen.</p>
<p><b>Schulbauprogramm</b> Hamburg.</p>	<p>Die bereits von Schwarz-Grün zugesagten Sanierungs- und Neubaumaßnahmen (z.B. Hamburg Süd, Schule am See in Steilshoop) wurden teilweise gestoppt.</p>
<p><b>Inklusives Bildungssystem</b> (Integration von Kindern mit Behinderung in das allgemeine Schulsystem statt in Förderschulen).</p>	<p>Der SPD-Senat fordert zwar ein „inklusives“ Bildungssystem, legt aber kein Umsetzungskonzept vor.</p>
<p><b>Begabungen der Schülerinnen und Schüler</b> sollen in allen Schulformen besser gefördert werden. <sup>1</sup></p>	<p>Laut Schulentwicklungsplan werden die Klassen in den Gymnasien immer größer.</p>

FOLGE	BEWERTUNG
<p>Hoffnungsvolle Ansätze zur Exzellenzförderung in der Wissenschaft werden zunichte gemacht. SPD hat keine Konzepte für den Forschungs- und Wissenschaftsstandort Hamburg. Gute Forscher wandern ab.</p>	
<p>Es bestehen Unklarheiten über die tatsächlichen Kosten, deren Finanzierung, welche Gebäude der SPD-Senat für die Hochschulen modernisieren lassen will und welche nicht.</p>	
<p>Die SPD-Wahlkampfversprechen zum Ausbau der Ganztagschulen gehen auf Kosten der Qualität.</p>	
<p>Verzögerungen bei Neubau und Sanierung: Unterricht wird immer mehr in Containern statt in richtigen Klassenräumen durchgeführt. Das Lernklima verschlechtert sich. Viele Schulen platzen aus allen Nähten.</p>	
<p>Ohne eine fachliche Diagnostik werden Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf nicht mehr so gut wie bisher unterstützt. Die Stadtteilschulen werden mit den Problemen allein gelassen.</p>	
<p>Die SPD bekennt sich zwar offiziell zum „10-jährigen-Schulfrieden“, der erneute Veränderungen an der Schulstruktur ausschließt, lässt aber tatsächlich die von ihr ungeliebten Gymnasien hängen.</p>	



### HAMBURG, STADT DER CHANCEN – UNSERE WICHTIGSTEN VORSCHLÄGE

VORSCHLÄGE DER CDU	REAKTION DER SPD
CDU-Antrag: „ <b>Hamburgs Hochschulen erfolgreich weiterentwickeln</b> “ für mehr Planungssicherheit durch mehrjährige Hochschulverträge.	Von der SPD abgelehnt. Erst nach weiterer Initiative der CDU teilte der Senat mit, zumindest „zweijährige Abschlusszeiträume zu erwägen“. Später dann doch Abschluss einer mehrjährigen Vereinbarung mit der Uni.
CDU-Antrag: „Mit der <b>Vergabe von Lehrpreisen</b> weiterhin herausragende und innovative Lehrveranstaltungen an Hamburgs Hochschulen prämiieren“.	Von der SPD abgelehnt.
CDU-Antrag: „ <b>Einrichtung einer Jugendberufsagentur</b> “.	Von der SPD in der Bürgerschaft abgelehnt. Mittlerweile von der Schulbehörde doch auf den Weg gebracht.
CDU-Antrag: „Flexibilität statt Zwang: <b>Ganztagschule als Angebot, nicht als Ideologie</b> “, damit Eltern und Schüler auch zukünftig ein Wahlrecht behalten.	Von der SPD abgelehnt.

FOLGE	BEWERTUNG
Zu wenig Planungssicherheit für die Hochschulen, ihr Personal und die Studierenden. Teilweise späte Einsicht der SPD.	
Verzicht auf interessante Leistungsanreize.	
Späte Einsicht, nachdem der gute CDU-Vorschlag zunächst abgelehnt wurde.	
Statt die Ganztagschule als Wahlangebot für die Eltern und Kinder anzubieten, schränkt die SPD den Elternwillen ein und will die Ganztagschule als Pflicht von oben herab verordnen.	

### WOHNEN UND MOBILITÄT IN HAMBURG

ERZÄHLT	ERREICHT
SPD-Senat verspricht durchschnittlich <b>6.000 neue Wohnungen pro Jahr</b> , 24.000 während der Legislaturperiode.	Für das Jahr 2011 liegen noch keine Fertigstellungszahlen vor, Experten erwarten, dass das Ziel weit verfehlt wird. Auch die 2011 erteilten Genehmigungen lassen für 2012 nicht erwarten, dass das Ziel tatsächlich erreicht wird. Übrigens: Die Planungen für die über 6.000 Genehmigungen stammen zu über 80% noch aus schwarz-grüner Regierungszeit.

FOLGE	BEWERTUNG
Jede genehmigte Wohnung muss erst einmal gebaut werden. Es ist fraglich, wann überhaupt erstmals die jährlich versprochenen 6.000 neuen Wohnungen gebaut werden. Ein zentrales Wahlversprechen steht auf der Kippe.	



## WOHNEN UND MOBILITÄT IN HAMBURG

ERZÄHLT	ERREICHT
Wir werden die <b>Kapazitäten des Bussystems steigern</b> , zusätzliche und größere Busse anschaffen, weitere Busspuren einrichten, Vorrangschaltungen von Ampeln einrichten und Haltestellenbuchten umbauen. <sup>1</sup>	Nichts! Bis jetzt nur ein nebulöses „Busbeschleunigungsprogramm“ mit zweifelhaftem Nutzen für 259 Mio. €. Erst ab dem Jahr 2020 sollen emissionsfreie Busse angeschafft werden.
<b>Der Ausbau und die Überdeckung der A7</b> hat eine hohe Priorität. <sup>1</sup>	Nichts! Wegen plötzlicher Änderung der Höhe des Deckels müssen die kompletten Pläne noch einmal überarbeitet werden. Statt stabiler Kosten: Schon jetzt werden wieder Kostenanstiege prognostiziert.
Wir wollen unsere Stadt wieder stark und solidarisch machen. Der Senat wird einen besonderen Akzent auf die <b>positive Entwicklung der Hamburger Großwohnsiedlungen</b> legen. <sup>1</sup>	Gerade hier: viele, teilweise seit Jahrzehnten bestehende soziale Angebote werden in Lurup, Steilshoop, Osdorf, Mümmelmannsberg, Jenfeld, Wilhelmsburg und andernorts zum Jahresende 2011 weggestrichen.

FOLGE	BEWERTUNG
Die Kosten sind maßlos überhöht und lösen die Kapazitätsprobleme im ÖPNV überhaupt nicht. Ein großes und dauerhaftes Gesamtkonzept „Stadtbahn“ wird nicht angepackt.	
Durch Überarbeitung der Pläne und Zeitverzögerung steigen die Kosten für das Gesamtprojekt. Es drängt sich der Verdacht auf, dass der Senat auf Zeit spielt, um das Projekt durch Zeitablauf zu torpedieren. Lärm und Stau bleiben Alltag.	
Gerade in sozialen Brennpunkten werden die Menschen von der SPD allein gelassen; Engagement wird nicht honoriert – die Bürger sind enttäuscht.	

## WOHNEN UND MOBILITÄT IN HAMBURG – UNSERE WICHTIGSTEN VORSCHLÄGE

VORSCHLÄGE DER CDU	REAKTION DER SPD
CDU-Anträge: <b>„Verlängerung des Altonaer Deckels“</b> und „Verlängerung A7-Deckel zwischen S-Bahnbrücke und Behringstraße“.	Von der SPD abgelehnt, weil angeblich zu hohe Kosten.
CDU-Antrag: <b>„Weiterführung der U4 nach Wilhelmsburg und Harburg“.</b>	Von der SPD abgelehnt. Für diese Maßnahme sei kein Geld vorhanden, da der Senat die Landes- und Bundesmittel für sein zweifelhaftes Busprogramm benötigt.

FOLGE	BEWERTUNG
Ein ganzheitliches und schlüssiges Deckelkonzept mit einem guten Lärmschutz für die Anwohner wird immer unwahrscheinlicher.	
Der Sprung über die Elbe endet buchstäblich im Wasser. Der Hamburger Süden wird in seiner Entwicklung von der SPD wieder vernachlässigt.	



## HAMBURGS KULTUR UND MEDIEN

ERZÄHLT	ERREICHT
Schluss mit <b>Kürzungen in der Kultur.</b> <sup>1</sup>	Einige Sparbeschlüsse wurden zurückgenommen, aber: 4 Mio. € neue Kürzung für 2012 („globale Minderausgabe“) und auch der Kulturhaushalt soll in den kommenden zehn Jahren nur um die Hälfte der Inflationsrate steigen.
Die SPD versprach mehrfach eine <b>ausreichende Finanzierung der Stiftung</b> „Historische Museen Hamburg“.	Keine zusätzlichen Mittel für die Museen, Stattdessen Herauslösung des Helms-Museums und des Bergedorfer Schlosses sowie des Rieckhauses aus der Stiftung. Absenkung des Zentralen Fonds für Ausstellungen in den Museen.

## HAMBURGS KULTUR UND MEDIEN – UNSERE WICHTIGSTEN VORSCHLÄGE

VORSCHLÄGE DER CDU	REAKTION DER SPD
CDU-Antrag auf <b>Einführung einer Kulturtaxe in Hamburg</b> zur Finanzierung einer wachsenden und attraktiveren Kulturlandschaft.	Von der SPD verzögert; Einführung verschoben, kein eigenes Konzept. CDU-Gesetzentwurf wurde in die Bürgerschaftsausschüsse zur weiteren Beratung überwiesen.
CDU-Antrag: <b>„Medienkompetenz erhöhen durch die Einführung eines Medienführerscheins“</b>	Zwar in der Bürgerschaft angenommen, aber Umsetzung durch den Senat fehlt bislang.
CDU-Antrag zur <b>„Erfassung von WLAN-Nutzerdaten“</b> für einen besseren Datenschutz	Ablehnung des Antrages zum Schutz dieser Daten. SPD reicht eine Selbstverpflichtung der ausforschenden Unternehmen.

FOLGE	BEWERTUNG
Neue Kürzungen 2012 und Kostensteigerungen in den Kulturinstitutionen können nicht ausgeglichen werden.	
Völlige Verunsicherung für die Museen, endlose Selbstbefassung mit inneren Strukturen statt Neuausrichtung. Keine Ressourcen für kraftvolle und attraktive Angebote.	

FOLGE	BEWERTUNG
Viele notwendige und sinnvolle Investitionen in Hamburgs Kultur unterbleiben, das Marketing für herausragende Kulturangebote wird nicht verbessert, Potentiale für Hamburg-Besuche werden nicht erschlossen.	
Unsere Kinder werden nicht ausreichend über Chancen und Gefahren der neuen Medien aufgeklärt.	
Suchdienste wie Google und Bing lichten Häuserzeilen ab und erfassen nebenbei personenbezogene Daten aus WLAN-Stationen der Haushalte. Dies ist eine erhebliche Lücke im Datenschutz, die der Gesetzgeber schließen muss.	



## HAMBURGS UMWELT UND ENERGIE

ERZÄHLT	ERREICHT
„Hamburg ist in diesem Jahr <b>Umwelthauptstadt</b> . Das sehen wir als Verpflichtung.“ <sup>1</sup>	Tatsächlich ist das Umwelthauptstadtjahr 2011 ziemlich spurlos an der Stadt vorbeigegangen. Maßnahmen wurden sogar gestrichen.
<b>Das Klimaschutzkonzept</b> werden wir fortführen und stärker an Schwerpunkten orientieren, die hohe <b>CO<sub>2</sub>-Minderungen</b> garantieren. <sup>1</sup>	Das Klimaschutzkonzept wurde von der SPD sogar um 1,5 Millionen Euro gekürzt.
<b>Kraftwerk Moorburg</b> soll effizient sein und dazu auch der <b>Fernwärmeproduktion</b> dienen. <sup>1</sup>	Senat hat genau diese Fernwärmenutzung durch Verbot einer neuen Fernwärmetrasse verhindert.
<b>Teilverstaatlichung der Energienetze</b> . <sup>1</sup>	Kauf von 25,1% vom Senat verhandelt, obwohl Netzbetrieb schon jetzt staatlich geregelt ist und Energie jeder Herkunft durchgeleitet werden muss.

FOLGE	BEWERTUNG
Eine Chance, unsere Stadt umweltfreundlicher werden zu lassen, wurde verpasst.	
Es fallen Maßnahmen weg, die auf eine Verhaltensänderung abzielen und so zukünftig zum Umwelt- und Klimaschutz beigetragen hätten.	
Effizienz des Kraftwerks sinkt, Energie geht ungenutzt verloren.	
Über 500 Mio. € neue Schulden für die Teilverstaatlichung der bestehenden Strom-, Gas- und Fernwärmeleitungen, Geld fehlt für wichtige staatliche Investitionen, z.B. in öffentliche Verkehrsmittel.	

## HAMBURGS UMWELT UND ENERGIE – UNSERE WICHTIGSTEN VORSCHLÄGE

VORSCHLÄGE DER CDU	REAKTION DER SPD
CDU-Antrag: „ <b>Sicherung der Finanzierung des Hamburger Klimaschutzes</b> “.	Von der SPD abgelehnt, weil das Klimaschutzprogramm vom Senat gekürzt werden sollte.
CDU-Antrag: „ <b>Mobile Stromversorgung</b> bei Kreuzfahrt- und Seeschiffen“ um schädliche Luftschadstoffe der Schiffsmotoren zu reduzieren.	Von der SPD in der Bürgerschaft abgelehnt, obwohl aus der vorherigen Wahlperiode genug Prüfungen und Gutachten vorliegen.

FOLGE	BEWERTUNG
Keine Sicherheit für die Durchführung von Maßnahmen aus dem Klimaschutzprogramm.	
Der Schutz der Anwohner vor Schiffsabgasen wird leichtfertig auf die lange Bank geschoben. Jeden Tag werden weiter vermeidbare Abgase in die Luft gepustet.	



## SICHERES HAMBURG: INNERE UND SOZIALE SICHERHEIT

ERZÄHLT	ERREICHT
<p>„Der Kinderschutz hat weiterhin höchste Priorität. Wir werden sorgfältig darauf achten, dass eine mögliche Gefährdung des Kindeswohls frühzeitig erkannt und wirksam gesteuert wird. Aufgabe der Jugendämter und aller, die mit Kindern und Jugendlichen zu tun haben, ist es hinzusehen, zu helfen und wo nötig auch einzugreifen.“</p> <p><b>Originalzitat aus dem SPD-Regierungsprogramm (S. 19)</b></p>	<p>Das Gegenteil ist im Bezirksamt Mitte unter Markus Schreiber (SPD) passiert. Obwohl er nach eigener Aussage seit Jahren wusste, dass seine Jugendamtsleiterin überfordert war, hat er nichts unternommen. Bürgermeister Scholz hat erst reagiert, als es für ihn selbst brenzlich wurde und Markus Schreiber zum Rücktritt gedrängt.</p>
<p>Neues Konzept zur <b>Bekämpfung der Autobrände.</b> <sup>1</sup></p>	<p>Steigerung der Brände im Jahr 2011 gegenüber dem Jahr 2010 um 88%.</p>
<p><b>Mehr Sicherheit.</b> <sup>1</sup></p>	<p>Abbau der Videoüberwachung u.a. auf dem Kiez.</p>
<p>Neues Konzept zur <b>Bekämpfung der Jugendgewalt.</b> <sup>1</sup></p>	<p>Bislang nichts vorgelegt.</p>
<p><b>SPD-Konzept zur erforderlichen Umstrukturierung des Strafvollzugs aufgrund sinkender Gefangenzahlen.</b></p>	<p>Sinnvolles, fundiertes Konzept des schwarz-grünen Senats wurde außer Kraft gesetzt. Erst auf Druck von Medien und Opposition wurde Scheinkonzept verkündet. Erst danach wurde Arbeitsgruppe zur Prüfung der Umsetzbarkeit eingesetzt.</p>
<p><b>Das differenzierte Drogen- und Suchthilfesystem</b> werden wir weiterentwickeln. <sup>1</sup></p>	<p>Statt einen Schwerpunkt in der Suchtprävention zu setzen, kürzt der SPD-Senat die Haushaltsmittel der Drogen- und Suchtberatung um 160.000 Euro.</p>

FOLGE	BEWERTUNG
<p>Wiederholt kam es zum Tod eines Kindes, für das das Jugendamt im SPD-regierten Bezirksamt Mitte zuständig war.</p>	
<p>Vandalismus greift quer durch alle Stadtteile um sich. Privateigentum wird sinnlos zerstört. Das Sicherheitsgefühl schwindet.</p>	
<p>Weniger Chancen zur Vorbeugung und Aufklärung von Verbrechen.</p>	
<p>Zukünftige Kosten in unabsehbarer Höhe. Andauernde Kosten durch verlängerten Leerstand.</p>	
<p>Statt die Prävention zu stärken, nimmt der Senat erheblich höhere Folgekosten in der Therapie und in vielen weiteren Bereichen in Kauf.</p>	



SICHERES HAMBURG – UNSERE WICHTIGSTEN VORSCHLÄGE

VORSCHLÄGE DER CDU	REAKTION DER SPD
<p>CDU-Antrag im Mai 2011 „Kinder von Substitutionspatienten und Opiatabhängigen wirksam schützen.“</p> <p>Einführung einer <b>Meldepflicht und Drogencheck</b> für die bedrohten Kinder.</p>	<p>Überweisung in den Gesundheitsausschuss, dort von der SPD abgelehnt.</p>
<p>CDU-Antrag für mehr <b>Sauberkeit und Sicherheit für unsere Kinder auf Spielplätzen</b>: „Einheitliches Rauch- und Alkoholverbot auf Hamburger Spielplätzen“.</p>	<p>Die SPD schiebt die Lösung des Problems auf die lange Bank durch Überweisung in den Verfassungs- und Bezirksausschuss statt sofortiger Zustimmung.</p>
<p>CDU-Antrag: <b>„Schaffung einer Rechtsgrundlage für ein örtliches Alkoholverbot“</b>. Dieses käme beispielsweise dem Hauptbahnhof und dem Rathausplatz in Harburg zugute.</p>	<p>Statt das Problem sofort zu lösen, beschließt die SPD eine Überweisung in den Innenausschuss.</p>
<p>CDU-Antrag für mehr Sicherheit im Umgang mit schwer gestörten Tätern: <b>„Sicherungsverwahrung – handelt auch Hamburg?“</b></p>	<p>SPD lehnt Antrag ab.</p>

FOLGE	BEWERTUNG
<p>Hätte die SPD den Antrag angenommen und umgesetzt, wäre bekannt geworden, dass das später an Methadon verstorbene Mädchen bei drogenabhängigen Pflegeeltern lebte.</p> <p>Der Tod dieses Mädchens im Bezirk Mitte im Januar 2012 hätte damit möglicherweise verhindert werden können.</p>	
<p>Klare Regeln lassen auf sich warten. Zigarettenkippen und Glasscherben sind nicht nur eklig, sondern eine Bedrohung für unsere Kleinsten.</p>	
<p>Es ändert sich nichts. Die Zeitungen berichten regelmäßig über die abstoßenden Zustände rund um den Hauptbahnhof, besonders an Steindamm und Kirchenallee. Es kommt weiter zu Belästigungen von Passanten und Kindern durch aggressive Trinker.</p>	
<p>Es fehlen die Begleitung der ehemaligen Opfer bei der Entlassungsvorbereitung, die zwingende Auflage im Rahmen der Führungsaufsicht, dass der Wohnsitz nicht in ein anderes Bundesland verlegt werden darf, und die Vorlage eines Polizeiüberwachungskonzeptes.</p>	



DIE CDU-ABGEORDNETEN IN DER HAMBURGISCHEN BÜRGERSCHAFT

# WIR SCHAUEN DEM SENAT AUF DIE FINGER – DAMIT HAMBURG NICHT IM ALLEINGANG REGIERT WIRD



**Absolute Mehrheiten und absolute Macht** brauchen eine starke Kontrolle. Sonst funktioniert Demokratie nicht richtig. Die Wähler haben uns zur stärksten Oppositionskraft bestimmt – diese Rolle nehmen wir an. Das heißt für uns, Wächter zu sein: Wir überprüfen, ob der Senat seine Pflichten wahrnimmt, wir hinterfragen, ob die richtigen Entscheidungen für Hamburgs Zukunft gefällt werden, und wir schlagen Alarm, wenn sich der „rote Filz“ wieder der Stadt bemächtigt. Denn einen kleinen König braucht Hamburg wirklich nicht.

Aber Stück für Stück werden wir in den kommenden Monaten auch eigene Ideen und Konzepte entwickeln und einbringen. Mit Ihnen und für Sie, die Hamburgerinnen und Hamburger, damit Hamburgs erfolgreicher Kurs als attraktive Metropole und wachsende Stadt nicht unter die Räder kommt. Denn die tristen Zeiten mit dem Dornröschenschlaf aus der Zeit vor 2001 haben wir noch ungt in Erinnerung.

Eine Opposition soll auch immer die Alternative zur Regierung sein. Deshalb ist eins versprochen:  
**Wir werden uns nicht wieder auf Dauer an die Oppositionsrolle gewöhnen!**

CDU-BÜRGERSCHAFTSFRAKTION

Rathausmarkt 1  
20095 Hamburg  
Tel.: 040-428 31-1381  
info@cdu-hamburg.de



# IDEEN INS RATHAUS – MEHR BÜRGERBETEILIGUNG IM NEUEN INTERNET-AUFTRITT DER CDU-FRAKTION

AKTUELLE INFOS – IDEEN WILLKOMMEN

## CDU-BÜRGERSCHAFSFRAKTION ONLINE SCHNACKEN & KLICKEN



Eine lebendige Demokratie lebt nicht nur von guten Politikern oder Parteien. Sondern vom Mitmachen, von Austausch und Diskussion. Auf unserer neuen Homepage steht das Bürgerportal deshalb im Mittelpunkt.

WIR LADEN SIE EIN,  
MITZUMACHEN!

Unter [www.cdu-hamburg.de](http://www.cdu-hamburg.de) finden Sie außerdem **Terminhinweise** im Veranstaltungskalender, umfangreiche **Archive** mit Schlagwortsuche, die Möglichkeit nach Themen sortiert aktuelle **Pressemitteilungen** und

**Newsletter** der Fraktion zu bestellen sowie **Umfragen** zu spannenden Themen und viele Kommentarfunktionen. Natürlich sind auch **alle Abgeordneten** und ihre jeweiligen Fachgebiete leicht zu finden.

[www.cdu-hamburg.de](http://www.cdu-hamburg.de)



**CDU** BÜRGERSCHAFSFRAKTION  
HAMBURG